

**Bebauungsplan Nr. 107 "Das Kleine Rodefeld"  
im Ortsteil Pattensen**

Der Regierungspräsident in Hannover hat gem. § 11 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Neufassung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256) den Bebauungsplan Nr. 107 "Das Kleine Rodefeld" im Ortsteil Pattensen mit Verfügung vom 28.2.1977, Az.: 214.7-563/77 - genehmigt.

Die Genehmigung wurde mit der Auflage erteilt, die Begründung zum Bebauungsplan zu ergänzen:

**Ziffer 2:**

Der Einzugsbereich für die Sonderschule ist entsprechend dem Schreiben des Landkreises Hannover - Amt 40 - vom 13.12.1976 anzugeben.

**Ziffer 7:**

Die überschlägigen Kosten für die Erschließungsanlagen sind zu ermitteln und zu erläutern.

Die oben bezeichneten Auflagen wurden durch den Beschluß des Rates der Stadt Pattensen am 5.5.1977 anerkannt.

Der Bebauungsplan Nr. 107 "Das Kleine Rodefeld" liegt mit Begründung im Rathaus der Stadt Pattensen - Bauamt -, Nebengebäude, Hofstraße 2, öffentlich aus und kann dort während der Dienstzeiten eingesehen werden.

Mit dieser Bekanntmachung wird der Bebauungsplan Nr. 107 "Das Kleine Rodefeld" der Stadt Pattensen gem. § 12 Bundesbaugesetz rechtsverbindlich.

Auf § 155 a und § 44 c BBauG wird folgendermaßen hingewiesen:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des BBauG beim Zustandekommen des Bebauungsplanes Nr. 107 "Das Kleine Rodefeld" ist gem. § 155 a BBauG unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres seit Eintreten der Rechtsverbindlichkeit gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht wird. Diese Rechtsfolge tritt nicht ein, wenn die Vorschriften über die Genehmigung und die Veröffentlichung des genehmigten Bebauungsplanes verletzt worden sind.

Gemäß § 44 c BBauG kann Entschädigung verlangt werden, wenn die in den §§ 39 (Vertrauensschaden), § 40 (Entschädigung in Geld oder durch Übernahme), § 42 (Entschädigung bei Begründung von Geh-, Fahr-

und Leitungsrechten), § 43 (Entschädigung bei Bindungen für Bepflanzungen) und § 44 (Entschädigung bei Änderung oder Aufhebung einer zulässigen Nutzung) bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Die Fälligkeit des Anspruches kann dadurch herbeigeführt werden, daß die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen nach § 44 a BBauG beantragt wird.

Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Pattensen, den 12. Mai 1977

STADT PATTENSEN  
Der Stadtdirektor  
Drücker